

Artenvielfalt

Durch Monokulturen und Pestizideinsatz sinkt die Artenvielfalt im ländlichen Raum. Insbesondere das Überleben der Honigbiene ist stark gefährdet. Hier könnte die Stadt einen zusätzlichen Lebensraum bieten.

Planen Sie Maßnahmen, mit denen die Stadt Essen die biologische Artenvielfalt erhöhen kann?



Rainer Marschan, SPD Wir wollen ein Handlungsprogramm zur urbanen Wildnis schaffen. Die Renaturierung von Gewässern hat bereits ökologische Lebensräume wieder erschaffen. Auch an der Pflege und Erhaltung des vorhandenen Grün werden wir weiterarbeiten. Die Anbindung des Freiraumkonzeptes an das Netz regionaler Grünzüge ist dabei von grundlegender Bedeutung.



Thomas Kufen, CDU Wir wollen den Flächenverbrauch stoppen. Wir setzen uns im Rahmen des Flächennutzungsplanes für eine Erhöhung des Grünlandanteils und für die Umwandlung von brach liegenden Ackerflächen in Grünland ein. Bei der Nutzung und Ausgestaltung von Kulturflächen in der freien Natur und im Siedlungsbereich, müssen auch die Nahrungsangebote für die Bienen verbessert werden. (...)



Hiltrud Schmutzler-Jäger, GRÜNE Wir wollen, dass die Stadt Flächen für Bienenkästen bereitstellt und möglichst viele insektenfreundliche Blühflächen längs von Wegen und auf ökologischen Ausgleichsflächen anlegt.

Zur handlungsorientierten Weiterentwicklung des Natur- und Landschaftsschutzes muss der Landschaftsplan fortgeschrieben werden.



Hans-Peter Schöneweiß, FDP Die Honigbiene ist in erster Linie durch die eingeschleppte Varoamilbe im Bestand bedroht. Wir wollen die Artenvielfalt durch extensive Pflege und vielfältige Bepflanzungen erhalten. Jeder kann in seinem Garten ein kleines Stückchen Erde „wild“ lassen und so zur Artenvielfalt beitragen.

Landwirtschaft

Ökologische Landwirtschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe können wesentliche Beiträge für den Umweltschutz und eine nachhaltige Entwicklung leisten. In den letzten Jahren ist das Gärtnern in der Stadt – auch durch den Umweltschutz motiviert – wieder ein wichtiges Thema geworden.

Sollte die Stadt Essen die regionale ökologische Landwirtschaft und das urbane Gärtnern unterstützen? Wenn ja, wie?

SPD Urbanes Gärtnern ist für die SPD Essen ein wichtiger Bestandteil einer grünen Großstadt und trägt zur Artenvielfalt im urbanen Raum bei. Darüber hinaus bietet es einen Raum für Verständigung und Engagement. Wir wollen auch außerhalb von Kleingartenanlagen Flächen nutzbar machen.

CDU Wir haben im Ruhrgebiet eine besondere Kleingartenkultur. Das ist uns ein besonderes Anliegen. Über 250 Kleingartenanlagen in Essen sind in ökologischer und städtebaulicher Sicht ein fester Bestandteil unserer Frei- und Grünflächen. Sie sind seit Jahrzehnten hervorragende Naherholungsmöglichkeiten in Mitten unserer Stadt und tragen so erkennbar zur Attraktivität unserer Stadt bei. Urbanes Gärtnern leistet in der Regel nur einen geringen Beitrag zum Klimaschutz.

GRÜNE Wir wollen es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Brachflächen für gärtnerische Zwecke zu bewirtschaften. Die Stadt sollte Nutzpflanzen anstelle teurer Zierbeete anpflanzen und allen zur freien Verfügung stellen. Ausgleichsmaßnahmen sollen genutzt werden, extensives Grünland und ökologische Anbauflächen zu entwickeln.

FDP In die Entscheidung, welche Methoden die Bauern anwenden, hat sich der Rat nicht einzumischen. Wir begrüßen Möglichkeiten des „urbanen Gärtnerns“. Wer keinen Garten hat, kann hier zurück zur Natur kommen. Auch dies kann die Artenvielfalt erhöhen.

Öffentliche Beschaffung

Städte und Kommunen vergeben regelmäßig Aufträge an die Wirtschaft. Durch die Beachtung ökologischer Kriterien bei der Vergabe solcher Aufträge können Städte und Kommunen damit wichtige Impulse an die Wirtschaft weitergeben und gleichzeitig eine Vorbildfunktion für andere Wirtschaftsbeteiligte einnehmen.

Welche konkreten Pläne haben Sie, um die öffentliche Beschaffung der Stadt Essen ökologischer und nachhaltiger zu gestalten?

SPD Die Stadt Essen unterliegt der Haushaltssanierung und Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge. Die SPD versucht durch intensive Begleitung der Vergaben, ökologische Aspekte mit zu berücksichtigen. Wettbewerbe für Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit, die sich auch bei den Vergaben niederschlagen, werden mitgetragen und unterstützt.

CDU Zu den Grundsätzen eines umweltfreundlichen Konsums vor Ort gehören die Material- und Energieeffizienz der Güter und Dienstleistungen. Daher ist bei der öffentlichen Beschaffung verstärkt auf die Berücksichtigung der Umweltintensität der Produktionsprozesse, die Langlebigkeit und Schadstoffarmut sowie die Wiederverwertbarkeit der eingesetzten Materialien zu achten.

GRÜNE Aufgrund unserer Initiativen bezieht Essen in der Kernverwaltung 100% Öko-Strom, wurde Essen 2013 als recyclingpapierfreundlichste Stadt Deutschlands ausgezeichnet und ist Essen „Fair-Trade-Stadt“ geworden. Wir werden uns auch weiter in diesem Sinne engagieren. Wir werden bei dem ökologischen Abfallkonzept, das die Stadt auf unsere Initiative hin erstellt, besonders auf Abfallvermeidungsmaßnahmen achten.

FDP Die jetzt schon hochkomplexen Regeln für die öffentliche Beschaffung sollen nicht weiter kompliziert werden, zumal die angebliche Vorbildfunktion als eher gering einzuschätzen ist. Hinzu kommt, dass der Einfluss der Kommunen auf die rechtlichen Vorgaben äußerst gering ist.

Sie haben die Wahl!

Am 25. Mai 2014 entscheiden Sie nicht nur über den neuen Stadtrat, sondern damit auch über die Entwicklung der Umweltpolitik in Essen. Greenpeace hat die Spitzenkandidaten aller im Essener Stadtrat in Fraktionsstärke vertretenen Parteien zu umweltpolitischen Themen befragt: SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und das Essener Bürger-Bündnis (EBB).

Die Kandidaten wurden per E-Mail gebeten, zu den Fragen kurz Stellung zu beziehen. Das Essener Bürger-Bündnis und Die Linke haben leider nicht auf unsere Fragen geantwortet. Aus Platzgründen wurden einige Antworten gekürzt. Die vollständigen Antworten der Parteien und weitere Informationen finden Sie unter www.greenpeace.de/essen



Greenpeace setzt sich für eine vollständige Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien bis 2050 ein – für den Atomausstieg und den Klimaschutz. Dazu muss in Deutschland in den nächsten Jahren v.a. ein dezentrales Netz flexibler Kraftwerke aufgebaut werden. Das hat mehrere Vorteile: Saubere Energie wird nah am Verbrauchsort erzeugt und kann effizienter genutzt werden. Gleichzeitig schaffen dezentrale, Erneuerbare Energien Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Kommunen – 2012 im Umfang von gut 11 Mrd. Euro. www.greenpeace.de/themen/energiewende

Unser Wirtschaften treibt die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen unaufhörlich voran – auf Kosten künftiger Generationen. Wir müssen umdenken – auch in den Kommunen. www.greenpeace.de/themen/umwelt-wirtschaft

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen.

Impressum Greenpeace Essen, Villa Rü, Girardetstr. 21, 45131 Essen, Telefon 0201/ 79 88 582, Mobil 0176/ 74 99 67 85, E-Mail info@essen.greenpeace.de, www.greenpeace.de/essen
V.i.S.d.P. Christina Averkamp, Niclas Müller | **Fotos** Titel © Bente Stachowske/Greenpeace, Seite 2 und Seite 7: Pressefotos der Parteien | **Redaktion** Björn Ahaus, Niclas Müller | **Gestaltung** Daniela Bohnau | **Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier**
Stand 04/2014

Greenpeace fragt –
Politiker aus Essen antworten

WAHLKOMPASS UMWELTPOLITIK

zur Kommunalwahl in Essen am 25. Mai 2014



GREENPEACE
Essen

Klimaschutz

Laut Umweltamt der Stadt (Quelle: WAZ¹) hinkt die Stadt Essen den eigenen Zielen zur Treibhausgasminde rung deutlich hinterher, obwohl sie sich ein ehrgeiziges Klimaschutzziel gesetzt hat.

Welche zusätzlichen Maßnahmen planen Sie, um das städtische Klimaschutzziel von -40% CO₂ bis zum Jahr 2020 (im Vergleich zum Basisjahr 1990) noch zu erreichen?



Rainer Marschan, SPD Wichtig ist für die SPD die Katalogisierung der eigenen Immobilien, um eine Basis für die zukünftige Umrüstung und notwendige Neubauten zu haben. Auch der städtische Fuhrpark befindet sich in der Umrüstung hin zu emissionsarmen Fahrzeugen.



Thomas Kufen, CDU Wir setzen entschlossen das Essener Klimaschutzprogramm um. Dazu gehört der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien in städtischen Gebäuden, die Nutzung von stromsparenden Leuchtmitteln und Geräten in städtischen Liegenschaften sowie die konsequente energetische Sanierung und Erneuerung von städtischen Immobilien.



Hiltrud Schmutzler-Jäger, GRÜNE Bei allen Bauvorhaben müssen die Möglichkeiten zum Energiesparen und zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgeschöpft werden. Alle Bebauungspläne sollen mit einem Energiekonzept von Anfang an auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Durch Stärkung des Umweltverbundes wollen wir den Autoverkehr eindämmen.



Hans-Peter Schöneweiß, FDP Energetische Sanierungen städtischer Immobilien sind zur CO₂ -Reduzierung geeignet. Wir befürworten dies.

Verkehr

Der Anteil des Autos am Verkehrsmix in Essen ist – im bundesweiten Vergleich – immer noch überdurchschnittlich hoch², umweltfreundliche Verkehrsträger wie Rad, Bus und Bahn sowie Car-Sharing werden dagegen unterdurchschnittlich genutzt.

Wie wollen sie die Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel Bus & Bahn, Fahrrad oder Car-Sharing in Essen fördern?

SPD Ziel ist, die Steigerung des ÖPNV-Anteils am Verkehr bis 2025. Die EVAG soll zum integrierten Verkehrsdienstleister weiterentwickelt und Verkehrsknotenpunkte besser verknüpft werden. Der Ausbau des Radwegenetzes ist uns ebenso wichtig wie die Schaffung von Fahrradstellplätzen. Die Teilnahme am Straßenverkehr für Radfahrer ist durch Trennung von Fuß- und Radwegen sowie Rückführung des halbseitigen Parkens zu verbessern. (...)

CDU Wir brauchen einen gesunden Mix aus unterschiedlichen Verkehrsmitteln, der den spezifischen Bedürfnissen der Nutzer gerecht wird. Täglich pendeln über 100.000 Menschen zur Arbeit in unsere Stadt. Zahlreiche Besucher kommen zum Einkaufen nach Essen oder Touristen besuchen unsere Kultureinrichtungen und Sehenswürdigkeiten. Wir sind daher auf einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. (...)

GRÜNE GRÜNE sind für die Stärkung des Umweltverbundes aus ÖPNV, Radfahren und Zufußgehen. Den Weiterbau der A 52 und den A 44-Ruhralleetunnel lehnen wir aus verkehrspolitischen Gründen ab. Stattdessen benötigen wir einen integrierten Gesamtverkehrsentwicklungsplan für Essen. Der städtische Fuhrpark muss sukzessive auf umweltfreundliche Fahrzeuge umgestellt werden.

FDP Ziel ist es, die Verkehrsinfrastruktur auszubauen und zu erhalten. Dabei bevorzugen bzw. benachteiligen wir kein Verkehrsmittel. Wir setzen uns für den Lückenschluss der A 52 und den Bau des Ruhralleetunnels ein. Der jetzige Stau schadet Umwelt, Menschen und Wirtschaft.

Energiewende

Im Jahr 2012 entfielen 11,1 Mrd. Euro Wertschöpfung durch den Ausbau Erneuerbarer Energien auf die Kommunen in Deutschland. Das umfasst Steuereinnahmen der Kommunen, Gewinne der beteiligten Unternehmen und die Einkommen der Beschäftigten.³

In welchem Bereich wollen Sie ansetzen, um die Potenziale der Energiewende für Essen stärker nutzen und fördern zu können?

SPD Wir streben ein kommunales Konzept für erneuerbare Energien, Energieeinsparung und -effizienz an. Das Eigentum städtischer Gesellschaften soll energiesparend saniert werden. Um einen Investitionsanreiz für Vermieter zu schaffen, soll ein Klimabonus geprüft werden. Bürgersolaranlagen und Pläne für dezentrale Blockheizkraftwerke in Bürgerhand begleiten wir positiv.

CDU Die Kommunen spielen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Energiewende. Die Energiewende bietet gerade in Essen – auch durch die hier ansässigen Unternehmen – Chancen, die Energiewende voranzutreiben. Hierzu gehören neue Kooperationen zwischen Stadt, Wirtschaft, Wissenschaft und den Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam wollen wir den Klimaschutz und die Energiewende vorantreiben. (...)

GRÜNE Im Essener Gebäudebestand besteht ein riesiges Potential im Hinblick auf Energieeinsparung. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude auflegen. Mit Hilfe der Klimaagentur sollen private Investoren zur energetischen Sanierung angeregt werden. Bei neuen Bauleitplanverfahren achten wir auf energetisches und klimafreundliches Bauen.

FDP Für die Stadt Essen stellt die Energiewende in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung dar. Nicht nur die Energiekonzerne sind betroffen, sondern auch die energieintensive Industrie, wie die Aluminiumverhüttung. Wir wollen den Industriestandort erhalten.

Bürger-Energie

Energie in Bürgerhand bedeutet, viele Akteure produzieren sauberen Strom direkt vor Ort, die Wertschöpfung bleibt in der Region und es entstehen Jobs. Die Energiewende (gemessen am Ausbau der Erneuerbaren Energien) wird bisher zu 47% von Bürgerinnen und Bürgern, aber nur zu 12% von Energieversorgern getragen⁴. Konzepte wie Energiegenossenschaften oder Bürgerwindräder haben diese Situation maßgeblich unterstützt. Die Bundesregierung aber will nun in ihrer EEG-Reform die Bürgerbeteiligung schwächen.

Wie wollen Sie die Energiewende in Bürgerhand mit lokalen Maßnahmen fördern?

SPD Wo sich Bürger keine Beteiligung an erneuerbaren Energiekonzepten leisten können, werden wir unseren Einfluss auf die großen Energiekonzerne nutzen, um einen verträglichen Übergang zu den EE zu schaffen. Dachflächen von Schulen und anderen städtischen Gebäuden können verstärkt für Solar- und Kleinwindkraftanlagen genutzt werden.

CDU Leider haben unsere Stadt und unsere Stadtwerke bisher kaum Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungen gesammelt. Wir begrüßen aber die verschiedenen Eigeninitiativen der Bürgerinnen und Bürger eigenverantwortlich Energie effizienter zu nutzen. Durch ein kommunales Energiemanagementkonzept können vor Ort Effizienz gestärkt und Ressourcen geschont werden. (...)

GRÜNE Energiegenossenschaften wollen wir durch die Überlassung städtischer Flächen für die Errichtung von bürgerschaftlich finanzierten Solar- oder Windkraftanlagen fördern. Das Solardachkataster muss für eine „Solar-Offensive“ von Stadtwerken und Klimaagentur genutzt werden. Eine Beteiligung der Energiegenossenschaft „ENeRRgisch“ an den Stadtwerken wäre ein weiteres Ziel.

FDP Die Fragen der Bürgerbeteiligung liegen nicht in der Hand der Kommunen. Energiegenossenschaften haben sich nicht an der Ausschreibung für die Stromkonzession beteiligt. Es steht hierzu keine Entscheidung für die nächste Ratsperiode an.

Steag

Die Steag ist Deutschlands fünftgrößter Stromerzeuger und produziert ihren Strom hauptsächlich in klimaschädlichen Kohlekraftwerken. Die Stadt Essen ist über ihre Tochter Stadtwerke Essen AG im Rahmen eines Stadtwerkeverbundes an der Steag beteiligt. Beim Einstieg der Stadtwerke wurde von kommunalpolitischen Akteuren in Aussicht gestellt, die Steag zu einem – auch ökologisch – nachhaltigen Unternehmen umzubauen.

Wie möchten Sie die Entwicklung der STEAG zu einem zukunftsfähigen Unternehmen mit sauberer Energieerzeugung fördern?

SPD Die Kraftwerke müssen langfristig umgebaut werden, um eine höhere Effizienz zu erzielen oder schlichtweg in der Gas- und Dampf-Turbinen-Variante eine deutlich bessere Ökobilanz aufzuweisen.

CDU Alle Energieerzeuger und -versorger stehen vor gewaltigen Umbrüchen und großen Herausforderungen. Daher ist es für uns als stärkster Energiestandort Deutschlands ganz besonders wichtig, dass der Paradigmenwechsel in der Energiepolitik möglichst gut gelingt, damit in diesem Bereich sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze entstehen. (...)

GRÜNE Wir unterstützen den Umbau der STEAG zu einem Unternehmen, dessen Geschäftsmodell vorrangig in der Erzeugung erneuerbarer Energien oder von Strom und Wärme aus gasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen besteht. Wichtige Voraussetzung dafür ist aber der Erhalt einer kommunalen Anteilseignerstruktur.

FDP Es war ein Fehler, die STEAG zu kaufen und die Bürger mit dem Risiko eines internationalen Konzerns in einem sich rasant wandelnden Markt zu belasten. Wir haben dagegen gestimmt! Die damaligen überzogenen Versprechungen werden nicht eingehalten werden können.

¹ Quelle: WAZ, 12.11.2012 „Erfolgsmeldung vom Klimaschutz“

² Quelle: www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2008_Kurzbericht_I.pdf, S.12 (Mobilität in Deutschland 2008)

³ Quelle: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte durch den Ausbau Erneuerbarer Energien, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (2013)

⁴ Quelle: Trend Research Leuphana, Universität Lüneburg, 10/2013